

Ein Angriff auf die Privatsphäre aller ...

Mit diesem Schachzug beendet die große Koalition die derzeitige Legislaturperiode. Versteckt in ein anderes Gesetz, das damit überhaupt nichts zu tun hatte, umging die Bundesregierung den üblichen Weg, der Anhörungen und Debatten in Bundesrat und Bundestag voraussetzt und damit auch eine öffentliche Debatte mögliche machen würde.

Kurz vor der Verabschiedung eines Gesetzes zum „Fahrverbot als Nebenstrafe“ wurde der Zusatz zum weitreichenden Einsatz des Staatstrojaners in den Gesetzestext eingearbeitet. Dieser erlaubt es, statt wie bisher Telefonate und weitere Datenverbindungen von in höchstem Maße Verdächtigen zu kontrollieren (bspw. Bei Terrorverdacht), technische Geräte wie Handys und Computer komplett auszuspähen. Hinzu kommt, dass diese Maßnahme bei vermuteten Kleinkriminellen ebenso, wie bei Terrorverdächtigen greifen.

Neben diesem wurden in den letzten Monaten weitere Überwachungsmethoden installiert und auf den Weg gebracht.

Die Parteien der Bundesregierung nutzen die Ängste vor Terroranschlägen und versuchen mit der Suggestierung subjektiver Sicherheit Stimmen zu gewinnen und den Überwachungsstaat weiter auszubauen.

„Die Liste der grundrechtsfeindlichen Gesetze dieser großen Koalition ist lang: Von der Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung über die Erweiterung der Befugnisse des Bundesnachrichtendienstes bis zur Ausweitung der Videoüberwachung hat diese Regierung wenig ausgelassen, was dieses Land weiter in den Überwachungsstaat treibt. Die Budgets der Geheimdienste erhöht und ihre Unkontrollierbarkeit versteckt ausgebaut. Den Diensten nebenbei vollautomatischen Zugriff auf die Passbilder aller Bürger gewährt und die massenhafte Handydurchsuchung für Flüchtlinge eingeführt. Mal von der Speicherung der Fluggastdaten aller Bürger ganz zu schweigen.“, schreibt netzpolitik.org. Hinzu kommt, dass den Ermittlungsbehörden nebenbei gestattet wurde auf die Konten und die damit verbundenen Daten zurückzugreifen, ohne dass die Kontoinhaber*innen je davon erfahren. Damit wurde faktisch das Bankgeheimnis nebenbei ausgesetzt.

Bei der heutigen Veranstaltung diskutiert die SPD mit Justizminister Heiko Maas ein weiteres Überwachungsinstrument. Das sogenannte Netzwerkdurchsuchungsgesetz. Vorgeblich zur Bekämpfung von Hasskommentaren und nah an der Einschränkung von Meinungsfreiheit und Pressefreiheit.

Sowohl SPD, als auch CDU und weitere Parteien nutzen vor der Wahl die Ängste von Menschen, um durch mit deren Stimmen ihre Macht zu erhalten oder gar weiter auszubauen. Dabei greifen sie in höchstem Maße in die Privatsphäre aller ein und versuchen dies gar ungeachtet jeglicher Öffentlichkeit zu tun.

**Keine Stimme dem Überwachungsstaat!
Solidarische Perspektiven entwickeln – jenseits von Wahlen und Populismus!**

Solidarischeperspektivenka.wordpress.com

SOLIDARISCHE PERSPEKTIVEN ENTWICKELN

- JENSEITS VON WAHLEN UND POPULISMUS

Eine Kampagne der Föderation deutschsprachiger Anarchist*innen (FdA-IFA) - fda-ifa.org/perspektiven